

## Ukraine will Atomstrom nach Deutschland liefern

Stand: 06:50 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Deutschland könnte unerwartete Hilfe in der Energiekrise erhalten. Die Ukraine will ihren Atomstrom liefern. So soll die deutsche Abhängigkeit von Russland abgebaut werden. Mehr im Liveticker.

Die Ukraine will Deutschland mit der Lieferung von Atomstrom auf dem Weg aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen unterstützen. „Derzeit exportiert die Ukraine ihren Strom nach Moldau, Rumänien, in die Slowakei und nach Polen. Aber wir sind durchaus bereit, unsere Exporte auf Deutschland zu erweitern“, sagte der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal der Deutschen Presse-Agentur. „Wir haben eine ausreichende Menge an Strom in der Ukraine dank unserer Kernkraftwerke. Bei meinem Besuch in Berlin und dann auch in Brüssel werde ich das ansprechen.“

Schmyhal wird am Samstag in Berlin erwartet und am Sonntag von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Kanzleramt empfangen. Parallel zum russischen Einmarsch Ende Februar hatte die Ukraine sich zusammen mit dem Nachbarland Moldau vom ehemals sowjetischen Stromnetz abgekoppelt. Mitte März erfolgte die Synchronisierung mit dem europäischen Netzwerk.

Seitdem exportiert das Land täglich zwischen 400 und 700 Megawatt Strom in die Europäische Union und nach Moldau. Schmyhal will die Exportquoten für die EU nun um ein Vielfaches erhöhen. „Das wäre für beide Seiten sehr gut. Die EU bekäme mehr Energie und wir die Devisen, die wir dringend benötigen“, sagte der Ministerpräsident.

In der Ukraine werden Atomkraftwerke sowjetischer Bauart mit einer Gesamtkapazität von mehr als 14 Gigawatt betrieben. Sechs Blöcke im Atomkraftwerk Saporischschja in Enerhodar befinden sich allerdings seit März unter russischer Kontrolle. Die internationale Gemeinschaft ist in großer Sorge, dass Kriegshandlungen in der Nähe des größten Atomkraftwerks Europas zu einem Atomunfall führen könnten.

Mit dem russischen Einmarsch ist aufgrund der Kämpfe, der Fluchtbewegung und des Wirtschaftseinbruchs auch der Stromverbrauch in der Ukraine massiv zurückgegangen.

Damit wurden Kapazitäten für den Export frei.

## **5:45 Uhr: Kinder aus der Ukraine stellen Schulen vor Probleme**

Die vielen aus der Ukraine geflohenen Kinder und Jugendlichen stellen zumindest einige Länder zum Schuljahresbeginn vor Probleme. Wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd) unter den zuständigen Ministerien ergab, konnten mindestens in drei Ländern noch nicht alle Schüler untergebracht werden. Bremen und Niedersachsen meistern zwar bislang die Herausforderungen, registrieren aber auch gestiegene Anforderungen an das Lehrpersonal.

Nach Angaben der Kultusministerkonferenz sind bis Ende vergangener Woche mehr als 163.000 Ukrainer an allgemein- oder berufsbildenden Schulen aufgenommen worden, die meisten in den bevölkerungsreichsten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Zugleich waren bis Mitte August mehr als 350.000 unter 18-jährige Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Ausländerzentralregister gemeldet. Selbst wenn von ihnen viele weiter- oder zurückgereist sind, dürfte es eine Lücke zu den Schülerzahlen geben.

Offen räumen das aber nur wenige Länder ein. In Nordrhein-Westfalen, wo schon Anfang August die Schule wieder begonnen hatte, sind etwa rund 32.800 Schüler aus der Ukraine an einer Bildungseinrichtung untergebracht. Mehr als 2.100 Kindern und Jugendlichen habe aber noch kein Schulplatz zugewiesen werden können, hieß es aus dem Schulministerium. Zusätzlich rund 900 Kinder und Jugendliche warteten noch auf ein Beratungsgespräch.

In Sachsen sind nach Auskunft des dortigen Kultusministeriums von rund 10.000 gemeldeten Schülern 9.000 zugewiesen. In Thüringen hieß es, dass bis zu 2.600 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine schulpflichtig seien, bei denen die teils komplizierten Verfahren noch nicht abgeschlossen seien.

## **4:25 Uhr: USA - Russland nutzt Energielieferungen als Waffe**

Russland nutze Energielieferungen, um Druck auf Europas Verbraucher auszuüben, erklärt ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates in den USA mit Blick auf die ausbleibenden Gaslieferungen über die Ostseepipeline Nord Stream 1. Durch die Zusammenarbeit zwischen

den USA und Europa würden die Gasspeicher aber bis zur Heizsaison im Winter aufgefüllt sein.

dpa/mre

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240839271>